



ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT DER KOMMUNALEN KORRUPTIONSPRÄVENTION

DR. HELMUT BROCKE

5. BADEN-WÜRTTEMBERGISCHER KÄMMERERTAG

21. MÄRZ 2019 IN STUTTGART

INHALT



- I. Gegenstand kommunaler Korruptionsprävention
- II. Maßnahmen der Verhütung und Bekämpfung
- III. Studie zur Umsetzung und Bewährung
- IV. Akzeptanz der Regelungen und Maßnahmen
- V. Kritik der gegenwärtigen Prävention
- VI. Grundsätze einer Neuausrichtung
- VII. Entwicklung zur Public Compliance
- VIII. Beachtung der Public Corporate Governance
- IX. Transparency International Deutschland

GEGENSTAND KOMMUNALER PRÄVENTION



Korruption in deutschen Kommunen

- Kriminalstatistik, Kriminalwissenschaft
- Finanzielle, soziale, ökologische Schäden

Regelungen zur Korruptionsprävention

- Strafrecht, Dienst- und Arbeitsrecht
- Kommunalrecht, Dienstanweisungen

Adressaten der kommunalen Korruptionsprävention

- Kommunalvertretung
- Zentralverwaltung
- Kommunale Unternehmen



VERHÜTUNG UND BEKÄMPFUNG

Verbot der
Vorteilsannahme

Feststellung der
korruptionsgefährdeten
Arbeitsbereiche

Aufklärung und
Fortbildung

Verbesserung
der Abläufe

Führung und
Fachaufsicht

Rotation

Vergabeverfahren
Vergabesperren

Neben-
tätigkeiten

Sponsoring
Spenden
Schenkungen

Verhalten bei
Korruptions-
verdacht

Ansprechpartner
Hinweisgeber

STUDIE ZUR UMSETZUNG UND BEWÄHRUNG



R	Maßnahme	U	B
1	Verbot der Annahme von Geschenken	91,8 %	33,5 %
2	Regeln für Mitarbeiter bei Korruptionsverdacht	61,7 %	27,8 %
3	Interne Ansprechpartner	56,4 %	13,3 %
4	Risikoanalyse zu gefährdeten Bereichen der Behörde	22,4 %	9,2 %
5	Feste Vorgaben für Geschäftspartner	17,4 %	6,8 %
6	Regelmäßige Fortbildungen für Führungspersonen	16,3 %	10,7 %
7	Regelmäßige Prüfung der Wirksamkeit	16,2 %	9,0 %
8	Regelmäßige Fortbildungen für Mitarbeiter	13,4 %	48,9 %
9	Externe Ansprechpartner	9,5 %	7,7 %
10	Personalrotation	5,1 %	17,1 %
11	Elektronische Hinweisgebersysteme	4,2 %	6,9 %

AKZEPTANZ DER PRÄVENTION



Verwaltungsleitung

Kosten, zeitlicher Aufwand, Erschwerung der Geschäftsabläufe, öffentliche Aufmerksamkeit

Beschäftigte, Personalräte

Präventionswahn, Misstrauenskultur, Generalverdacht

KRITIK DER GEGENWÄRTIGEN PRÄVENTION



- Fokussierung auf das individuelle Fehlverhalten
- Maßnahmen aus dem Baukasten der 90er Jahre
- Maßnahmen ohne oder mit geringer Relevanz
- Unspezifisch für konkrete Verwaltungsprozesse
- Wichtige Instrumente oft nur auf dem Papier
- Nicht von Führungskräften verdeutlicht und vorgelebt
- Antikorruption behördenintern nach unten delegiert
- Fehlverhalten nicht konsequent verfolgt



GRUNDSÄTZE EINER NEUAUSRICHTUNG





ENTWICKLUNG ZUR PUBLIC COMPLIANCE

- Verständnis/Definition von Compliance
- Compliance als Aufgabe des Hauptverwaltungsbeamten
- Delegation mit Letztverantwortung des HVB
- Compliance Management als Risikomanagement
- Gestaltungsraum hinsichtlich des Systems
- Dilemma optimaler Ressourcenverantwortung
- Aufklärungspflicht bei Compliance Fehlverhalten
- Haftungsrelevante Verstöße des HVB



PUBLIC CORPORATE GOVERNANCE

- Vorliegen eines PCG-Kodexes
- Wahl geeigneter Rechts- und Organisationsformen
- Qualifizierte kommunale Kontrolle und Steuerung
- Transparenz zum aktiven/passiven Sponsoring
- Beachtung von fachlicher/persönlicher Kompetenz
- Beachtung von Karenzzeiten bei Wechsel
- Offenlegung der Vergütungen der Geschäftsführer
- Pro-aktive Veröffentlichung von Dokumenten
- Regelungen zur Compliance im Unternehmen



WER IST TRANSPARENCY INTERNATIONAL?

Die globale Organisation gegen Korruption